

# NEWSLETTER

FÜR OLDENBURG UND DAS AMMERLAND.



Moin!

Von einem klassischen Sommerloch, also einer nachrichtenarmen Zeit, können wir dieses Jahr kaum sprechen. Besonders das Klima bewegt angesichts eines weiteren Hitzesommers die Gemüter. Klimaschutz ist nicht umsonst eine unserer wichtigsten Herausforderungen. Wie unsere SPD hier entschlossen handeln will, das lest ihr auf Seite 3.

## Neue Präsidentin der Europäischen Kommission

### Ursula von der Leyen geht nach Brüssel

Nun steht es fest: Ursula von der Leyen (CDU), vormals Bundesverteidigungsministerin, wechselt als Präsidentin der Europäischen Kommission nach Brüssel. Wie auch die Europaabgeordneten der SPD stehe ich dieser Entscheidung äußerst skeptisch gegenüber. Ihr schwieriges Verhältnis zur Truppe, die Strukturprobleme im Bundesministerium der Verteidigung und ihre mangelnde Bereitschaft, die Berateraffäre umfassend aufzuklären, lassen bei mir große Zweifel an ihrer Eignung aufkommen.

Doch für die Bundeswehr ergeben sich für diesen Wechsel auch Chancen. Ich habe mit der neuen Bundesverteidigungsministerin, Annegret Kramp-Karrenbauer, bereits telefoniert und hoffe, dass sie sich der

Herausforderungen bewusst ist und einen anderen Stil pflegen will. Als zuständiger Haushaltspolitiker für den Wehretat begleite ich das gerne konstruktiv. Inhaltlich ist für mich aber auch klar: Manche Positionen der neuen Verteidigungsministerin sind für mich nicht akzeptabel. Etwa ihr Vorhaben, massiv mehr Steuergelder für Rüstung auszugeben, um das Zwei-Prozent-Ziel der Nato zu erreichen. Denn nur wir als Parlament bestimmen, was im Bundeshaushalt zu stehen hat.

Neben dem Haushaltsausschuss bin ich bekanntlich auch Mitglied im parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Berateraffäre. Wie es dort weitergeht, erfahrt ihr auf Seite 2.

Und doch ist Sommerzeit auch Ferienzeit. Auch ich war im Juli im Urlaub, habe in den Niederlanden naturgemäß die Akkus aufgeladen. Und ich will ganz ehrlich sein: Das war nach der Arbeit der letzten Monate, nach der Europawahl, dem Rücktritt unserer Parteivorsitzenden und vielen Sitzungen im parlamentarischen Untersuchungsausschuss bis tief in die Nacht hinein auch nötig. Nun bin ich erholt wieder da und freue mich auf den Rest des Sommers, den ich mit vielen Besuchen und Gesprächen hier im Wahlkreis verbringen werde. Und ab September beginnen dann wieder die Sitzungswochen in Berlin, dann steigen wir besonders in die Verhandlungen zum Bundeshaushalt 2020 ein und klären weiter die Berateraffäre auf. Ich bin gespannt, was wir noch ans Licht fördern werden.

Ever 101's

# Kabinett beschließt Bundeshaushalt 2020

Investitionen in ein modernes,  
solidarisches Land



Foto: S. Hofschläger / pixelio.de

Wir alle haben es mitbekommen: Die konjunkturelle Lage ist etwas trüber als in vergangenen Jahren. Das wird sich in Zukunft auch auf die Steuereinnahmen auswirken. Dennoch ist die finanzielle Lage des Bundes weiterhin sehr stark und erlaubt erhebliche Investitionen. Genau daran orientiert sich Bundesfinanzminister Olaf Scholz mit dem Entwurf des Bundeshaushalts 2020, den er Ende Juni vorgelegt hat.

Der Regierungsentwurf sieht für 2020 Investitionen in Höhe von 39,8 Milliarden Euro vor. Das sind 0,9 Milliarden Euro mehr als noch 2019. Für den

Zeitraum 2020 bis 2023 sind insgesamt 159 Milliarden Euro für Investitionen vorgesehen, das sind rund 38 Milliarden Euro mehr als noch in der vergangenen Legislaturperiode.

Dank jüngster Grundgesetzänderungen können wir die Länder direkter unterstützen und tun das auch: 5 Mrd. Euro erhalten die Länder bis 2024 über den DigitalPakt Schule, je 1 Mrd. Euro 2020 und 2021 für den sozialen Wohnungsbau und 1,7 Mrd. Euro zusätzlich für den öffentlichen Personennahverkehr. Pro Jahr gehen rund 1,2 Mrd. Euro zusätzliche Mittel in die Schiene, um dieses klima-

freundliche Verkehrsmittel zu stärken.

Familien unterstützen wir durch höheres Kindergeld und einen angehobenen Kinderfreibetrag. Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen wir mit insgesamt 10 Mrd. Euro für Eingliederungsleistungen im Jahr 2020.

Der Entwurf der Bundesregierung ist zunächst einmal ein Vorschlag an uns Parlamentarier, den wir im Herbst beraten. Dann wird der Entwurf im Haushaltsausschuss auf Herz und Nieren geprüft und wo nötig angepasst, um in allen Bereichen die richtigen Akzente zu setzen.

## HINTER DEN KULISSEN Sagt Ursula von der Leyen aus?

Wie es im Untersuchungsausschuss weitergeht



Foto: Deutscher Bundestag / Achim Melde

Neben dem Haushaltsausschuss bin ich bekanntlich auch Mitglied im parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Berateraffäre im Bundesministerium der Verteidigung (BMVg). Deswegen werde ich natürlich oft gefragt, wie es mit der Arbeit dort nun weitergeht. Denn wir hatten ja geplant, die damalige Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen im Dezember dieses Jahres vorzuladen. Als Hausleitung trug sie im relevanten Zeitraum die politische Verantwortung für die Vorgänge im Ministerium. Doch ist das

nun, wo sie als Präsidentin der Europäischen Kommission nach Brüssel „wechselt“, überhaupt noch möglich? Kann sich von der Leyen ihrer Verantwortung am Ende einfach entziehen?

Das lässt der Vorsitzende des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, mein Bundestagskollege Wolfgang Hellmich (SPD), derzeit juristisch prüfen. Denn die Situation, die wir jetzt haben, ist bislang einzigartig, es gibt also keine Präzedenzfälle.

Für mich ist ganz unabhängig vom Ausgang der juristischen Prüfung klar: Es ist Ursula von der Leyens Verantwortung vor unserem demokratisch gewählten Parlament, Rede und Antwort zu stehen und ihren Beitrag zu den Vorgängen zu leisten. Ich begrüße es, dass sie das anscheinend genauso sieht. Ursula von der Leyen hat nämlich bereits erklärt, dass sie dem Ausschuss weiterhin als Zeugin zur Verfügung steht. So oder so werden wir sie also befragen und weiterhin Licht ins Dunkel der Berateraffäre bringen können.



03. Juli – Beim Theater Wrede+ haben wir über die Zukunftspläne des Programms „Flausen+“ gesprochen.



03. Juli – Bei pro:connect in Oldenburg haben wir über die Wege Geflüchteter in Ausbildung und Arbeit diskutiert.



31. Juli – Antrittsbesuch bei Oberstarzt Dr. Matthias Grüne, dem neuen Kommandeur des Bundeswehrkrankenhauses in Westerstede.



31. Juli – Führung durch die Wildtiertreffstation in Rastede mit Karin Logemann MdL, Susanne Mittag MdB und Lars Krause (v.l.).

## Klimaschutz-Aufschlag des SPD-Parteivorstandes

### Entschiedenenes Handeln statt CDU-Verzögerungstaktik

Das Klima verändert sich vor unseren Augen. Umso wichtiger ist es, unsere Klimaschutzziele zügig umzusetzen. Dafür benötigen wir einen tiefgreifenden Umbruch in vielen Bereichen. Der SPD-Parteivorstand hat kürzlich ein elfseitiges Positionspapier vorgelegt, wie das genau aussehen sollte.

Ganz konkret wollen wir etwa die Energiewende wieder in Schwung bringen, indem die Deckelung für Solarenergie und Windkraft im Erneuerbare-Energien-Gesetz abgeschafft wird. Das ist auch für unsere Region

ein wichtiges Signal, denn Wind ist der Rohstoff des Nordens. Auch wollen wir in Brennstoffzellen investieren.

Im Verkehrsbereich wollen wir dafür sorgen, dass klimafreundliche Mobilität attraktiver wird, etwa durch ein 365-Euro-Jahresticket für den öffentlichen Nahverkehr oder die Anwendung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes auf Bahntickets. Wir wollen auch in Radwege investieren. Fliegen hingegen muss z.B. durch eine europaweite Ticketsteuer einen angemessenen Preis erhalten.

Über eine CO<sub>2</sub>-Steuer wollen wir ausgestoßene Klimagase bepreisen. Die Einnahmen sollen als Klimaprämie wieder an die BürgerInnen ausgeschüttet werden. Wer sich klimafreundlich verhält, profitiert also. Und das sind oft Haushalte mit geringeren Einkommen, denn sie fliegen meist seltener, fahren sparsamere Autos oder nutzen weniger Wohnraum als Wohlhabende.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat den Klimaschutz-Aufschlag bereits gelobt. Wichtig ist, dass auch die CDU endlich aufhört, den Klimaschutz zu verschleppen. Sonntagsreden genügen längst nicht mehr.

Ihr wollt mehr lesen? Das ganze Papier findet ihr unter [www.spd.de/aktuelles/klimaschutz](http://www.spd.de/aktuelles/klimaschutz).



Foto: SPÖ Landtagsklub / pixelio.de

## — Mindestlohn für Azubis

### Endlich faire Mindestvergütung für Auszubildende

Auszubildende sind die Zukunft der Betriebe in unserem Land. Sie lernen und packen mit an. Ihre Leistung verdient deshalb Respekt und eine ordentliche Bezahlung. Noch vor der Sommerpause hat der Bundestag nun in erster Lesung den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur „Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung“ (BBiG) beraten.

Die Mindestausbildungsvergütung (MAV), kurz der Azubi-Mindestlohn, ist die größte Verbesserung dieser Reform. Schon jetzt sind alle Betriebe verpflichtet, ihren Auszubildenden „eine angemessene Ausbildungsver-

gütung“ zu zahlen. Trotzdem bekommen manche Auszubildende eine sehr geringe Vergütung. Mit der MAV wird diese Verpflichtung endlich konkretisiert und im Berufsbildungsgesetz verankert. Die Mindesthöhe der Vergütung für eine Ausbildung wird zunächst von 2020 an auf 515 Euro für das 1. Lehrjahr festgelegt und sich bis ins 3. Lehrjahr um 35 Prozent auf 695 Euro erhöhen. Die SPD-Fraktion hat darüber hinaus erreicht, dass die Vergütungen mit fortschreitender Ausbildung in den nächsten Jahren deutlich steigen werden. Im Jahr 2023 wird die MAV im 3. Ausbildungsjahr so bei 837 Euro liegen.

## — Stärkung des Wohngeldes für die Region

### Höhere Sätze für Zuschüsse

Mit einer Reform des Wohngeldes sorgen wir dafür, dass Menschen mit wenig Geld auf dem Mietmarkt nicht abgehängt werden. Nun hat der Bundestag in erster Lesung einen Gesetzentwurf dazu debattiert.

Künftig wollen wir das Wohngeld alle zwei Jahre automatisch an die Miet- und Einkommensentwicklung anpassen. Bisher wurde es nur in unregelmäßigen Abständen angepasst, zuletzt zu 2016. Zudem will die Bundesregierung die Miethöchstbeträge

nach Mietstufen gestaffelt anheben. Die Miethöchstbeträge in den Regionen mit stark steigenden Mieten, vor allem in den Ballungsräumen, werden überdurchschnittlich angehoben.

Insgesamt führt das dazu, dass es ab 2020 mehr Wohngeld für mehr Menschen geben wird. Von der geplanten Reform profitieren rund 660.000 Haushalte. Zum Vergleich: Ohne Neuregelung würde sich die Zahl der Haushalte bis Ende 2020 voraussichtlich auf rund 470.000 reduzieren.

Als direkt gewählter Bundestagsabgeordneter ist es für mich sehr wichtig, vor Ort zu erfahren, wo der Schuh drückt. Denn nur so kann ich im Bundestag die richtigen Entscheidungen für Oldenburg und das Ammerland treffen. Anregungen, Impulse und natürlich auch Kritik nehme ich deswegen gerne mit in die Sitzungswochen im politischen Berlin.

Um mit euch direkt und persönlich ins Gespräch zu kommen, biete ich regelmäßig Bürgersprechstunden in meinem Wahlkreisbüro in der Oldenburger Huntestraße an. Bei einer Tasse Tee habt ihr dort die Gelegenheit, euch mit mir auszutauschen.

Die nächsten Bürgersprechstunden finden statt am

**Donnerstag, 22.08.2019,**

**ab 09.00 Uhr und**

**Dienstag, 17.09.2019,**

**ab 09.00 Uhr.**

Zur besseren Vorbereitung bitte ich euch, euch im Vorfeld bei meinem Wahlkreisbüro per E-Mail an **wahlkreis@dennis-rohde.de** oder unter **0441 99 86 76 01** anzumelden.

**DIREKT GEWÄHLT -  
DIREKT ANSPRECHBAR!**

#### **Berliner Büro**

Postanschrift:

Dennis Rohde MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 227 72 800

E-Mail: [dennis.rohde@bundestag.de](mailto:dennis.rohde@bundestag.de)

#### **Wahlkreisbüro Oldenburg**


Postanschrift:


Dennis Rohde MdB


Huntestraße 23, 26135 Oldenburg

Telefon 0441 99 86 76 01

E-Mail: [wahlkreis@dennis-rohde.de](mailto:wahlkreis@dennis-rohde.de)

 [www.dennisrohde.de](http://www.dennisrohde.de)

 [facebook.com/dennis.rohde](https://facebook.com/dennis.rohde)

 [twitter.com/dennisrohde](https://twitter.com/dennisrohde)